

28. August 2008

[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Unterschiedliche Ampelstellung für Eröffnung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegen hochrangige rumänische Politiker: Rotes Licht für Ex-Premier *Nastase* (PSD) und PSD-Vize *Mitrea*, grünes Licht für den Konservativen *Seres* (PC) und Arbeitsminister *Pacuraru* (PNL)

**Das rumänische Parlament nimmt am Mittwoch dieser Woche (3. September) seinen Betrieb wieder offiziell auf. Die Parlamentarier des Karpatenlandes sind indes auch während der Sommerpause nicht untätig gewesen: Die Mitglieder der rumänischen Abgeordnetenversammlung bzw. des Senats hatten am 13. bzw. 26. August in außerordentlichen Sitzungen darüber zu entscheiden, ob sie die Immunität von insgesamt vier amtierenden bzw. ehemaligen Ministern aufheben und damit die Bahn für strafrechtliche Ermittlungen wegen des Verdachts hochrangiger Korruption frei geben.**

Grund für die von den Parlamentskammern zu treffenden Entscheidungen war der umstrittene Beschluss des rumänischen Verfassungsgerichts vom 10. März d.J. Das Gericht hatte entschieden, dass das Parlament der Einleitung von Strafverfahren in denjenigen Fällen zustimmen muss, in denen (ehemalige) Minister gegenwärtig Parlamentsmitglieder sind.<sup>1</sup> Die Entschei-

dungskompetenz liegt dabei bei der Parlamentskammer, der der strafverdächtige Politiker jeweils angehört. Folglich hatte die Abgeordnetenversammlung über die Aufhebung der Immunität des früheren PSD-Vorsitzenden und Ex-Premierministers (2000 – 2004) *Adrian Nastase* und des ehemaligen Transportministers und Vizepräsidenten der Sozialdemokratischen Partei (PSD), *Miron Mitrea*, zu entscheiden; dem Senat lagen die Fälle des ehemaligen Wirtschaftsministers *Codrut Seres* (Konservative Partei – PC) sowie des amtierenden Arbeitsministers *Paul Pacuraru* (Nationalliberale Partei – PNL) vor. *Nastase* wird der Bestechung und des Amtsmissbrauchs in einem Fall verdächtigt, der ein Gebäude auf seinem Grundstück im Zentrum Bukarests betrifft (sog. *Zambaccian-Fall*). *Mitrea* wird ebenfalls der Bestechung sowie der Fälschung offizieller Dokumente in einem Fall verdächtigt, der die Vergabe von Straßenarbeiten betraf. *Seres* ist der Korruption in den Fällen „*Electrica Muntenia Sud*“ und „*Hidroelectrica*“ verdächtig. Ihm wird vorgeworfen, Wirtschaftsgeheimnisse im Zusammenhang mit Privatisierungsgeschäften preisgegeben zu haben. *Pacuraru* wird der Bestechlichkeit zugunsten eines seiner Familienangehörigen in einem Fall verdächtigt, der die Vergabe staatlicher Verträge betraf.

<sup>1</sup> Ausführlich hierzu siehe den Bericht der Verfasserin „Korruptionsbekämpfung – Das Sorgenkind des Karpatenlandes“ vom 9. Juli 2008, der online auf Deutsch, Englisch und Rumänisch abrufbar ist unter [www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe) (S. 13–18).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**RECHTSSTAATSPROGRAMM  
SÜDOSTEUROPA**

DR. STEFANIE RICARDA ROOS

**28. August 2008**

[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

**Die Entscheidung der Abgeordneten-  
kammer in den Fällen *Nastase* und *Mitrea***

Die Entscheidung der Abgeordneten-kammer in den Fällen *Nastase* und *Mitrea* wurde mit Spannung erwartet. Sie ist am 13. August gefallen: Die Parlamentarier haben sich mehrheitlich der Empfehlung des Rechtsausschusses der Abgeordneten-kammer vom 18. Juni d.J. angeschlossen, im Falle von *Nastase* und *Mitrea* der Eröffnung strafrechtlicher Ermittlungen nicht zuzustimmen.

Ex-Premier *Nastase* sah sich durch diese Entscheidung in seiner Stellung bestätigt: Er denke nicht daran, sein Mandat als Parlamentarier aufzugeben. Dies könne als Geständnis missverstanden werden. Wenn es eine Person gebe, die zurücktreten müsse, so sei dies Staatspräsident *Basescu*.<sup>2</sup> Die Entscheidung der Abgeordneten-kammer, so *Nastase* in seinem Blog, sei eine politische Entscheidung in einem politischen Fall gewesen.<sup>3</sup> Das Parlament hätte keine Kompetenz, ein juristisches Urteil zu fällen, und es habe dies dementsprechend auch nicht getan. Ganz anders fiel die Reaktion von *Mitrea* aus: Der Vize-Präsident der PSD hat noch von seinem Urlaubsort aus angekündigt, sein Parlamentsmandat aufzugeben.

Die Entscheidung der Abgeordneten-kammer ist – wie auch schon die Empfehlung des Rechtsausschusses der Kammer vom 18. Juni d.J. – auf harsche Kritik gestoßen. Zu den prominentesten einheimischen Kritikern zählte der Sprecher der Abgeordneten-kammer, *Bogdan Olteanu* (National-Liberale Partei - PNL): Die Entscheidung sei seiner Meinung nach keine gute für das Funktionieren des Justizsystems. *Olteanu* hat ferner geäußert, dass das Parlament die Fälle möglicherweise in der zweiten

Jahreshälfte noch einmal überdenken werde.<sup>4</sup>

Kritik an der Entscheidung der Abgeordneten-kammer, die Immunität von *Nastase* und *Mitrea* nicht aufzuheben, kam auch von Seiten der rumänischen Richterschaft: Die Nationale Vereinigung der Rumänischen Richter (*UNJR*) hat die Entscheidung in einem umfassenden Kommunikee vom 13. August verurteilt. Die Richter-vereinigung gibt darin ihrer Überraschung über die Kammerentscheidung Ausdruck: Das Ersuchen der Staatsanwälte [strafrechtlich gegen *Nastase* und *Mitrea* zu ermitteln – *d. Verf.*] habe keinen politischen Hintergrund und dementsprechend keinen direkten Bezug zu den politischen Aktivitäten der beiden Parlamentarier gehabt. Folglich hätte es sich bei der Entscheidung über die Aufhebung der Immunität um eine formale handeln sollen. Sie hätte *pro* strafrechtliche Ermittlungen ausfallen müssen. „Wenn dies die Art und Weise sei, auf welche rumänische Parlamentarier ein Signal des Misstrauens gegenüber der rumänischen Justiz senden, schafft dies *de facto* Ungleichbehandlungen zwischen Bürgern. Die Entscheidung zeige weiter, dass die Parlamentarier die Rolle der Judikative in einem demokratischen Staat nicht verstehen und ihren Kollegen die Möglichkeit nehmen, ein Unschuldsurteil vor Gericht zu erlangen. Nur die Justiz könne über die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Parlamentariern entscheiden. Jedwede Einmischung ist verboten.“<sup>5</sup>

So überraschend, wie es sich in der Pressemitteilung der Richtervereinigung liest, kam die Entscheidung der Abgeordneten-kammer indes nicht. Sie hat gezeigt, dass ein Großteil der rumänischen



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa

Dr. Stefanie Ricarda Roos  
Strada Plantelor 50  
RO – 023975 Bukarest  
Rumänien  
Tel.: +40 (0) 21 323 31 26  
Fax: +40 (0) 21326 04 07  
[stefanie.roos@kas.de](mailto:stefanie.roos@kas.de)  
[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

<sup>2</sup> Siehe Ziua – English, 20. August 2008.

<sup>3</sup> <http://nastase.wordpress.com/2008/08/13/dreptea-nu-se-poate-face-prin-incalcarea-constitutiiei-a-legilor/>

<sup>4</sup> Vgl. Hotnews, online-edition, 13. August 2008.

<sup>5</sup> Siehe die *UNJR*-Website <http://www.unjr.ro/comunicate/votul-camerei-deputatilor-reprezinta-manifestarea-publica-a-neincrederii-parlamentului-romaniei-in-puterea-judecatoreasca.html> (inoffizielle Übersetzung d. Verf.).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**RECHTSSTAATSPROGRAMM  
SÜDOSTEUROPA**

DR. STEFANIE RICARDA ROOS

**28. August 2008**

[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Parlamentarier von Appellen und Warnungen aus dem In- wie Ausland im Zusammenhang mit den *Nastase*- und *Mitrea*-Fällen unbeeindruckt blieb: Weder die heftigen Reaktionen mehrerer bedeutender rumänischer Nichtregierungsorganisationen wie „Transparency International Rumänien“ und die „Initiative für eine saubere Justiz“ (*ICJ*) bzw. der Richtervereinigung (*UNJR*) auf die vorerwähnte Empfehlung des Rechtsausschusses der Abgeordnetenversammlung vom 18. Juni noch die Warnungen der Europäischen Kommission und ausländischer Politiker haben Wirkung gezeigt. Die Hauptkritik der vorgenannten NGOs an der Empfehlung des Rechtsausschusses richtete sich dagegen, dass der Ausschuss die Rolle eines „Ersatz-Gerichtes“ bzw. einer außerordentlichen Instanz angenommen habe, in dem er seine Empfehlung mit inhaltlichen Argumenten begründet hat, die den strafrechtlichen Sachverhalt als solchen betreffen. Der Rechtsausschuss habe damit – was bedenklich sei – bereits den Fall als solchen einer Würdigung in der Sache unterzogen. Er habe mit seiner Empfehlung die Transformation von Parlamentsmitgliedern in Richter und des Rechtsausschusses in eine außerordentliche Gerichtsstanz unterstützt.<sup>6</sup>

Ebenso wirkungslos ist die Kritik der Europäischen Kommission geblieben: Drei Wochen vor der Entscheidung der Abgeordnetenversammlung hat diese in ihrem Fortschrittsbericht für Rumänien ausdrücklich angemahnt, dass es an einem breiten politischen Konsens hinter den Reformen des Justizwesens und der Untersuchung von Korruptionsfällen fehle.

---

<sup>6</sup> Pressemitteilung der *Initiative for a Clean Justice (ICJ)* vom 23. Juni 2008, per E-Mail an die Verfasserin gesandt. Die Reaktionen der NROs auf die Entscheidung des Rechtsausschusses sind ausführlich in dem Bericht der Verfasserin vom 9. Juli d.J. zu den Entwicklungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung in Rumänien zusammengefasst, der über [www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe) in Deutscher, Englischer und Rumänischer Sprache abrufbar ist.

Es mangle der eindeutige Wille in allen politischen Parteien, die Korruption auf hoher Ebene auszurotten.<sup>7</sup> In dem Bericht ist weiter zu lesen: „Die Korruptionsbekämpfung muss entpolitisiert werden, und Rumänien muss seinen unzweideutigen Willen unter Beweis stellen, Korruption auf hoher Ebene zu bekämpfen. Unabhängige Ermittlungen gegen frühere Regierungsmitglieder und Parlamentsabgeordnete müssen fortgesetzt werden dürfen, damit das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Korruptionsbekämpfung wiederhergestellt und der Respekt vor dem Gesetz gestärkt wird.“<sup>8</sup>

Eine ähnliche Mahnung haben ausländische Politiker bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Fortschrittsberichts ausgesprochen. Auch dies ohne Wirkung. So hat der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag und Rumänien-Kenner, *Gunther Krichbaum* (*CDU*) die Entscheidung im *Nastase*-Fall Ende Juni diesen Jahres als „Lackmus-Test“ bezeichnet. *Krichbaum* hatte die Entscheidung des Rechtsausschusses der Abgeordnetenversammlung vom 18. Juni d.J., im Falle von *Nastase* und *Mitrea* der Eröffnung strafrechtlicher Ermittlungen wegen des Vorwurfs hochrangiger Korruption nicht zuzustimmen, wie folgt kommentiert: „Ich möchte ganz offen sein und sagen, dass ich die Entscheidung des Rechtsausschusses der Abgeordnetenversammlung, gegen die Eröffnung strafrechtlicher Ermittlungen im *Nastase*-Fall zu empfehlen, nicht verstehe. Wir betrachten den *Nastase*-Fall als einen Lackmus-Test für einen glaubhaften Kampf gegen hochrangige Korruption. Ich glaube nicht, dass es einen prominenteren Vertreter dieses kranken Bereiches gibt. Daher wünschen wir eine unabhängige

---

<sup>7</sup> Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Fortschritte Rumäniens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, KOM(2008)494 endgültig, 23.7.2008, Einleitung.

<sup>8</sup> Ebd., 2.3.



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa

Dr. Stefanie Ricarda Roos  
Strada Plantelor 50  
RO – 023975 Bukarest  
Rumänien  
Tel.: +40 (0) 21 323 31 26  
Fax: +40 (0) 21326 04 07  
[stefanie.roos@kas.de](mailto:stefanie.roos@kas.de)  
[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**RECHTSSTAATSPROGRAMM  
SÜDOSTEUROPA**

DR. STEFANIE RICARDA ROOS

**28. August 2008**

[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

strafrechtliche Ermittlung, frei von politischer Einflussnahme, in der ein Schuldurteil oder Freispruch ausschließlich auf der Grundlage rechtlicher Kriterien gefällt wird, im Einklang mit rechtsstaatlichen Regeln.“<sup>9</sup>

Dieser Wunsch ist zwar nicht in Erfüllung gegangen. Mit der Immunität *Nastases* muss sich die Abgeordnetenkammer, wie von *Olteanu* angedeutet, jedoch erneut befassen. Dies zwar nicht bezüglich der *Zambaccian*-Akte, über die die Kammer bereits abgestimmt hat. Dem Rechtsausschuss der Abgeordnetenkammer liegen vielmehr derzeit zwei neue Fälle vor: einer, der ebenfalls das *Zambaccian*-Grundstück betrifft, sowie der sogenannte „*Tante Tamara*“-Fall. Das Nationale Antikorruptions-Direktorat (*DNA*) hatte die Akten hierzu bei der Abgeordnetenkammer mit dem Ersuchen eingereicht, diesbezüglich über die Aufhebung der Immunität von *Nastase* zu entscheiden. Es handelt sich dabei um Fälle, die bereits bei Gericht anhängig waren, wegen eines Verfahrensfehlers nach Entscheidung des Verfassungsgerichts aber wieder an die *DNA* zurück verwiesen wurden. *Nastase* soll zu den beiden Fällen in der Woche vom 8. – 12. September angehört werden. Der Rechtsausschuss will den Fall bis zum 20. September abschließen.

**Die Entscheidung des Senats in den Fällen  
*Pacuraru* und *Seres***

Die Mitglieder des rumänischen Senats scheinen die Botschaft der Kritiker im Unterschied zu ihren Kollegen in der Abgeordnetenkammer vernommen zu haben: Der Senat hat sich in einer außerordentlichen Sitzung am 26. August sowohl in beiden Fällen, die *Codrut Seres* betreffen, wie auch im Fall *Pacuraru*

mehrheitlich für die Aufhebung der Immunität entschieden: Im Fall „*Electrica Muntenia Sud*“ mit 83 zu 36, im Fall „*Hidroelectrica*“ mit 79 zu 40 Stimmen bei jeweils einer ungültigen Stimmen. Von den insgesamt 135 Senatoren nahmen 120 an der Abstimmung teil. Im Fall *Pacurarus* haben sich bei ebenfalls einer ungültigen Stimme 75 Senatoren für und 44 gegen die Aufhebung der Immunität ausgesprochen.

Senator *Seres* hat in Reaktion auf die Senatsentscheidung erklärt, dass er diese respektiere, aber in beiden Fällen unschuldig sei. Arbeitsminister *Pacuraru* sieht seinen Fall ausschließlich politisch motiviert an. Dies zeige sich schon daran, dass seit Beginn seiner Amtszeit als Minister bereits elf Akten für ihn angelegt worden seien. Er warnte seine Kollegen, dass jeder von ihnen ebenfalls „Opfer“ eines vergleichbaren politischen Schachzuges werden könne. Das Öffentliche Ministerium (*Public Ministry*) teilt die Einschätzung *Pacurarus* – was kaum verwundert – nicht. Es sieht die Senatsentscheidung Medienangaben zu Folge als „Beweis der Normalität“ an.<sup>10</sup>

**Politische Zukunft *Pacurarus***

Die Zukunft *Pacurarus* als Arbeitsminister ist derzeit ungewiss: Die rumänische Verfassung räumt in Artikel 109 Absatz 2 Satz 2 dem Staatspräsidenten das Recht ein, den Minister, dessen Immunität vom Parlament aufgehoben worden ist, vom Amt zu suspendieren. Bisher hat Staatspräsident *Traian Basescu* von dieser Befugnis keinen Gebrauch gemacht. Eine Frist, innerhalb der er eine Entscheidung treffen muss, sieht die Verfassung nicht vor. Medienangaben zu Folge hat die National-Liberale Partei (*PN-L*) Staatspräsident *Basescu* aufgefordert, im Falle des nationalliberalen Ministers von einer Suspendierung abzusehen.<sup>11</sup> Der Sprecher des Senats, *Nicolae Vacaroiu* (*PSD*) und die Vorsitzende des

<sup>9</sup> Das Zitat ist in einem Artikel der rumänischen Nachrichten-Agentur *NewsIn* vom 20. Juni 2008 wieder gegeben. Ausführlich zu den Reaktionen auf diese Entscheidung des Rechtsausschusses, siehe den Länderbericht der Verfasserin vom 9. Juli 2008, „Korruptionsbekämpfung – Das Sorgenkind des Karpatenlandes“.

<sup>10</sup> Siehe Nine O’Clock, 27. August 2008, S. 1.

<sup>11</sup> Siehe Nine O’Clock, 27. August 2008, S. 2.



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa

Dr. Stefanie Ricarda Roos  
Strada Plantelor 50  
RO – 023975 Bukarest  
Rumänien  
Tel.: +40 (0) 21 323 31 26  
Fax: +40 (0) 21326 04 07  
[stefanie.roos@kas.de](mailto:stefanie.roos@kas.de)  
[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**RECHTSSTAATSPROGRAMM  
SÜDOSTEUROPA**

DR. STEFANIE RICARDA ROOS

**28. August 2008**

[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Rechtsausschusses des Senats, *Norica Nicolai (PNL)* sind noch weiter gegangen. Sie haben erklärt, eine mögliche Suspendierung *Pacurarus* wäre Beweis dafür, dass es sich bei *Pacurarus* Fall um einen politischen Fall handele.<sup>12</sup> Diese Aussage überrascht zwar angesichts der nicht immer sachlich geführten politischen Debatten in Immunitätsfragen nicht. Sie stellt aber die Sinnhaftigkeit der Verfassungsvorschrift des Artikels 109 Absatz 2 in Frage. Denn nach der Argumentation von *Vacaroiu* und *Nicolai* setzt sich jeder Staatspräsident des Verdachts der politischen Motivation aus, wenn er von der in Artikel 109 vorgesehenen Befugnis Gebrauch macht. Sinn und Zweck der Vorschrift ist aber, den Eindruck zu verhindern, dass eine Person, die ein öffentliches Amt ausübt und gegen die strafrechtlich ermittelt wird, kraft ihres Amtes Einfluss auf das Ermittlungsverfahren nehmen kann. So sieht es auch der Generalsekretär der Demokratisch-Liberalen Partei (*PD-L*), *Vasile Blaga*: Seine Vermutung ging am Tag der Senatsentscheidung dahin, dass Staatspräsident *Basescu* im Falle von *Pacuraru* so handeln werde, wie er bereits in vergleichbaren Fällen gehandelt habe, „um den Eindruck auszulöschen, dass eine Person, die ein öffentliches Amt ausübt das Ermittlungsverfahren beeinflussen könne“.<sup>13</sup> *Blaga* sah indes davon ab, *Basescu* öffentlich eine Empfehlung für oder gegen eine Suspendierung *Pacurarus* auszusprechen.

**Ausweitung der strafrechtlichen Ermittlungen im *Electrica*-Fall**

Grundlage für die Entscheidungen des Senatsplenums in den Fällen *Pacuraru* und *Seres* war jeweils ein Bericht des Rechtsausschusses des Senats, in dem dieser die Einleitung strafrechtlicher

Ermittlungen gegen *Pacuraru* und *Seres* vorschlägt. Das Senatsplenum hat im Rahmen der Abstimmungen über die Immunitätsaufhebung für eine Ergänzung der Entscheidungsbegründung gestimmt: Die Ermittlungen sollen sich danach auf alle Tatsachen und Personen erstrecken, deren Verwicklung sich aus den Ermittlungsdokumenten ergibt. Beispielhaft werden die ehemaligen Staatsminister *Adriean Videanu*, *Gheorghe Seculici* und *Theodor Stolojan*, die allesamt Mitglied der *PD-L* sind, sowie verschiedene Staatssekretäre des Wirtschaftsministeriums genannt. Das Ersuchen des Rechtsausschusses, die strafrechtlichen Ermittlungen im „*Electrica*“-Fall auf weitere Personen zu erstrecken, ist auf Kritik gestoßen, die nachvollziehbar ist: So hat zum Beispiel *PD-L*-Generalsekretär *Blaga* erklärt, dass das Ersuchen eine „billige Täuschung“ darstelle. Denn die Personen, auf die sich danach die Ermittlungen ebenfalls erstrecken sollten, würden ohnehin keine parlamentarische Immunität genießen. Gegen sie könnte daher auch ohne die Zustimmung des Parlaments strafrechtlich ermittelt werden.<sup>14</sup>

**Bewertung**

Wie ist das unterschiedliche Abstimmungsverhalten in der Abgeordnetenversammlung und dem Senat zu erklären? Die Antworten auf diese Frage fallen unterschiedlich aus. Die positivste Schlussfolgerung ist, dass der Senat die öffentlichen Reaktionen auf die negative Entscheidung der Abgeordnetenversammlung ernst genommen und versucht hat, durch sein positives Votum das seit längerem angegriffene Image des rumänischen Parlaments zu verbessern: Die rumänischen Medien hatten das Abstimmungsergebnis der Abgeordnetenversammlung einheitlich negativ kommentiert. Dies unabhängig von der politischen Ausrichtung des Mediums. Dies stellt ein Novum in der politischen Berichterstattung Rumäniens dar. Es wird als solches

<sup>12</sup> Quelle: Realitatea TV, [www.realitatea.net](http://www.realitatea.net), 27. August 2008.

<sup>13</sup> Quelle: Realitatea TV, [www.realitatea.net](http://www.realitatea.net), 27. August 2008.

<sup>14</sup> Siehe Nine O’Clock, 27. August 2008, S. 1.



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa

Dr. Stefanie Ricarda Roos  
Strada Plantelor 50  
RO – 023975 Bukarest  
Rumänien  
Tel.: +40 (0) 21 323 31 26  
Fax: +40 (0) 21326 04 07  
[stefanie.roos@kas.de](mailto:stefanie.roos@kas.de)  
[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**RECHTSSTAATSPROGRAMM  
SÜDOSTEUROPA**

DR. STEFANIE RICARDA ROOS

**28. August 2008**

[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

auch von in- wie ausländischen Beobachtern angesehen.

Es ist nicht auszuschließen, dass die einheitlich kritische Berichterstattung in Folge der Entscheidung der Abgeordnetenkommer das Abstimmungsverhalten der Senatoren in den Fällen „*Pacuraru*“ und „*Seres*“ beeinflusst hat. Die rumänische Journalistin, *Andreea Pora*, stimmt dem zu. Auch sie sieht die Entscheidung des Senats, die Immunität von *Pacuraru* und *Seres* aufzuheben, als Mittel zu dem Zweck an, das negative Image loszuwerden, das die Abgeordnetenkommer durch deren Entscheidung im Falle *Nastase* und *Mitrea* geschaffen hat. *Pora* fügt indes einen weiteren wichtigen Aspekt hinzu: Mit ihrer Entscheidung hätten die Senatoren auch dazu beitragen wollen, das Image der Parlamentarier kurz vor Beginn der Kampagnen für die Parlamentswahlen, zu verbessern, die im November dieses Jahres stattfinden werden: Das Antikorruptionsthema würde so nicht länger Wahlkampfthema sein. Die Politiker könnten infolge der Senatsentscheidung behaupten, dass sie je nach Sachlage unterschiedlich entschieden hätten und ihre Entscheidung nicht politisch motiviert gewesen sei. „*Seres* und *Pacuraru* wurden geopfert, damit der Kampf gegen die Korruption nicht als Waffe im Wahlkampf eingesetzt wird.“<sup>15</sup>

Zu berücksichtigen ist bei der Beurteilung der unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse auch, dass die Fälle *Nastase* und *Mitrea* einerseits und *Pacuraru* und *Seres* andererseits ein unterschiedliches politisches Gewicht für die jeweiligen Parteien haben und ein Spiegelbild für das politische Kräfteverhältnis in Rumänien sind. Dies hat sich in den divergierenden Abstimmungsergebnissen deutlich gezeigt.

**Weitere Entwicklungen**

Im Bukarester Politbetrieb bleibt es weiterhin spannend. So hat die

Sozialdemokratische Partei (*PSD*) begonnen, Unterschriften für die Änderung der Verfassung zu sammeln. Sie sieht die Aufhebung der in der Verfassung vorgesehenen Immunität hochrangiger Beamter und Funktionäre vor. Es ist indes eher unwahrscheinlich, dass dieser Vorschlag umgesetzt wird. Denn zum einen besteht innerhalb der *PSD* selbst kein Konsens über diese Frage. Zum anderen sind die verfassungsrechtlichen Hürden für eine Verfassungsänderung sehr hoch.

Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Folgen die Entscheidungen von Abgeordnetenkommer und Senat zeitigen werden.



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa

Dr. Stefanie Ricarda Roos  
Strada Plantelor 50  
RO – 023975 Bukarest  
Rumänien  
Tel.: +40 (0) 21 323 31 26  
Fax: +40 (0) 21326 04 07  
[stefanie.roos@kas.de](mailto:stefanie.roos@kas.de)  
[www.kas.de/rspsoe](http://www.kas.de/rspsoe)

<sup>15</sup> Andreea Pora, in: HotNews, online-edition, 26. August 2008.